

Zürich, 6. Dezember 2016

Nationalrat folgt der Empfehlung des Bundesrates Anbaumoratorium für Gentechpflanzen soll um 4 Jahre verlängert werden

Der Nationalrat spricht sich für eine vierjährige Verlängerung des Anbaumoratoriums für gentechnisch veränderte Pflanzen aus. Er folgt damit dem Bundesrat und nicht den Empfehlungen der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK), die eine unbefristete Verlängerung des Moratoriums empfohlen hatte. Die SAG hat sich für eine unbefristete Verlängerung eingesetzt.

Bereits zweimal wurde das Moratorium verlängert. Nun spricht sich der Nationalrat für eine weitere Verlängerung des Anbaumoratoriums für gentechnisch veränderte Pflanzen um vier Jahre aus. Martina Munz, SAG Präsidentin und WBK-Mitglied ist der Meinung: "Eine Verlängerung des Moratoriums auf unbestimmte Zeit wäre aufgrund der kritischen Haltung der Bevölkerung folgerichtig gewesen. Konsumentinnen und Konsumenten wollen kein Gentech auf ihren Tellern. Gentechnisch veränderte Pflanzen bringen auch der Schweizer Landwirtschaft keine ökonomische oder ökologische Vorteile. Dies hat das Nationale Forschungsprogramm NFP59 zu Chancen und Risiken von gentechnisch veränderten Pflanzen aufgezeigt." Nun muss das Parlament in 4 Jahren wieder über eine Verlängerung entscheiden, auch wenn sich die Voraussetzungen für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Schweiz nicht geändert haben.

Nein zur Koexistenz

Der Nationalrat will jedoch keine Koexistenz auf Vorrat im Gesetz verankern. Der Bundesrat hatte eine Änderungen des Gentechnikgesetzes GTG vorgeschlagen, die den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf bestimmten Gebieten nach Ablauf des Moratoriums zugelassen hätte. Doch damit würde die gentechnikfreie Schweiz gefährdet. Die Schweiz hat in der Vergangenheit von der gentechnikfreien Landwirtschaft profitiert. Alle bekannten Schweizer Lebensmittellabel setzen auf gentechfreie Produkte.

Die Koexistenz würde bei Bund, Kantonen, Landwirtschaft und der gesamten Handelskette eine zusätzliche kostspielige Agrarbürokratie nötig machen. Sie wird daher von einer Mehrheit der Kantone, den Bäuerinnen und Bauern, dem Detailhandel und den Konsumentenorganisationen abgelehnt.

Gefördert werden muss eine Landwirtschaft, die lokal ausgerichtet ist und ressourcenschonend, sozial- und umweltverträglich Lebensmittel produziert. Diese Qualitätsstrategie ist mit gentechnisch veränderten Pflanzen nicht möglich.

Weitere Informationen:

- Paul Scherer, Geschäftsleiter SAG 044 262 25 63
- Martina Munz, Präsidentin SAG, Nationalrätin 079 744 44 10